

Wochenbericht

Bibliothek

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Industrieproduktion: Nur allmähliche Erholung

Dorothea Lucke
dulucke@
netscape.net

Im 1. Quartal 2003 expandierte die Industrieproduktion um 1,5 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf bleiben gedämpft. Die von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten in ihrem Frühjahrsgutachten für dieses Jahr prognostizierte schwache welt- und binnenwirtschaftliche Entwicklung lässt kurzfristig allenfalls eine leichte Aufwärtsbewegung der industriellen Produktion zu, die sich erst im kommenden Jahr beschleunigen dürfte. Sollte die Aufwertung des Euro sich fortsetzen, ist der Aufschwung in der Industrie gefährdet.

Seit dem vergangenen Jahr waren Produktion und Auftragseingang nur schwach aufwärts gerichtet (Tabellen 1 und 2, Abbildung 1). Produzenten und Investoren befinden sich in einer Phase der Verunsicherung. Ausschlaggebend hierfür sind das Ausbleiben des Aufschwungs gegen Mitte des vergangenen Jahres, die Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak sowie die Unklarheit über den wirtschaftspolitischen Kurs.

Prognose bis zum Jahre 2004

Die modellgestützte Prognose der Industriebranchen basiert auf Annahmen und Rahmendaten des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute.¹ Danach gehen in diesem Jahr weder von der Weltwirtschaft noch von der Binnenkonjunktur in Deutschland wesentliche Impulse aus. Für das kommende Jahr wird ein kräftigeres Wirtschaftswachstum im Ausland – insbesondere in den USA – erwartet, während für Deutschland mit 1,8 % das (mit Ausnahme Portugals) niedrigste Wirtschaftswachstum innerhalb der Europäischen Union prognostiziert wird.² Für den Wechselkurs wurde im Frühjahrsgutachten für den gesamten Prognosehorizont ein Wert von 1,08 US-Dollar pro Euro, wie er sich bis zum 1. Quartal 2003 realisiert hatte, angenommen. Unter diesen Annahmen wird zunächst die Exportindustrie profitieren und der aus dem Ausland kommende Aufschwung sich im kommenden Jahr dann auf die ganze Industrie ausbreiten.

¹ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 16/2003.

² Diese Wachstumsrate für Deutschland berücksichtigt, dass im kommenden Jahr 3,3 Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als in 2003. Die entsprechende kalenderbereinigte Rate würde bei 1,2 % liegen. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, a. a. O. Da bei den hier vorgestellten Branchenprognosen die konjunkturelle Entwicklung im Vordergrund stehen soll, wurde den Branchenprognosen das kalenderbereinigte BIP-Wachstum zugrunde gelegt und in den Prognosen die Mehrarbeitstage im kommenden Jahr nicht berücksichtigt.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 24/2003

70. Jahrgang / 12. Juni 2003

Inhalt

Industrieproduktion: Nur allmähliche
Erholung Seite 385

Entbürokratisierung der Statistik durch
Flexibilisierung Seite 396

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

13. Juni 2003

Zeitschriften

Kaum Impulse

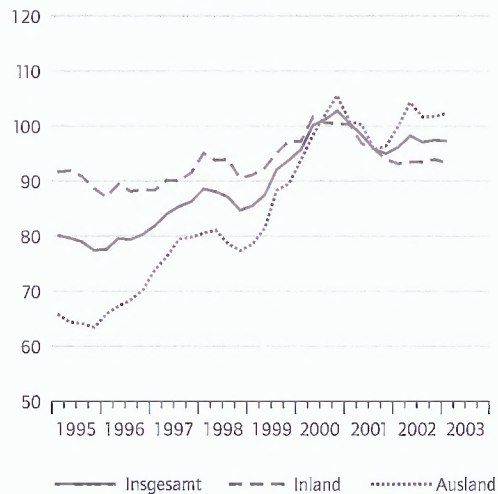
A 22127 C

Abbildung 1

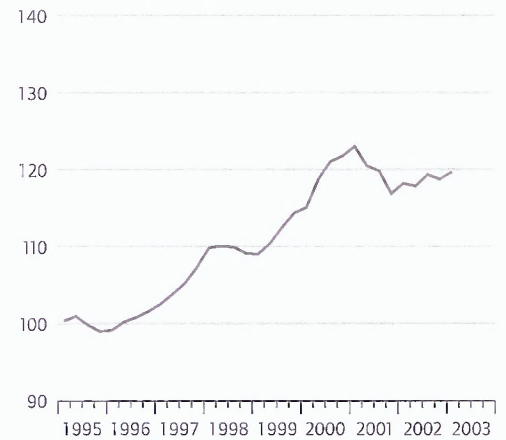
Verarbeitendes Gewerbe

Auftragseingang

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Index 1995 = 100, saisonbereinigt



Vorleistungsgüter: Warten auf den Aufschwung

Die Produktion der Vorleistungsgüterproduzenten hat im vergangenen Jahr im Durchschnitt stagniert und damit sogar noch das beste Ergebnis unter den Hauptgruppen des produzierenden Gewerbes er-

zielt. Dies liegt wesentlich darin begründet, dass die Nachfrage nach Vorleistungsgütern im vergangenen Jahr in Erwartung eines bevorstehenden Aufschwungs kurzzeitig anzog, dann aber im Zuge der weltwirtschaftlichen Eintrübung an Kraft verlor.

Das konjunkturelle Muster der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland bei den Vorleistungsgüterproduzenten ist – über einen längeren Zeitraum betrachtet – sehr ähnlich und Ausdruck des starken internationalen Konjunkturverbundes (Abbildung 2). Vor dem Hintergrund einer anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschwäche in Deutschland werden die Vorleistungsgüterproduzenten eine Strategie verfolgen müssen, mit der sie Märkte im Ausland zusätzlich erschließen. Diesen Weg haben sie auch bereits beschritten, wie die trendmäßig kräftig steigenden Auftragseingänge aus dem Ausland zeigen (Abbildung 3).

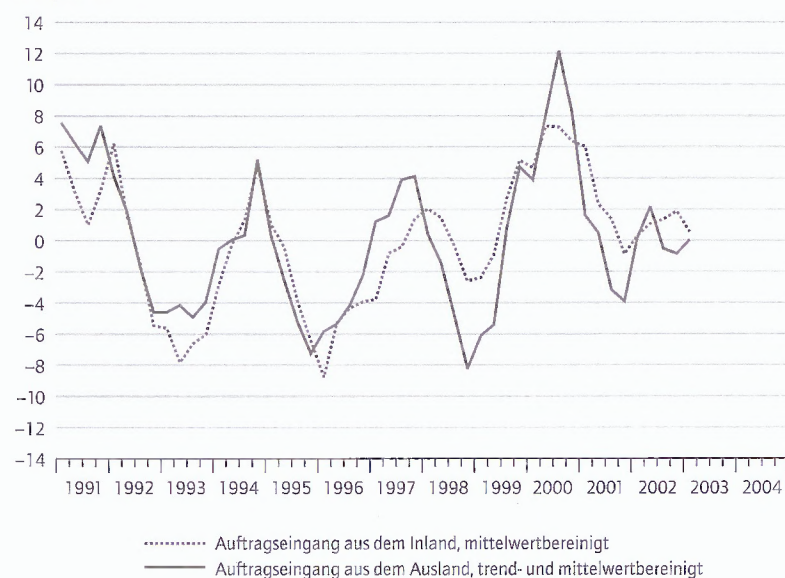
Allerdings sind sie bei diesen Bemühungen gleichzeitig einem hohen Importdruck ausgesetzt. So werden Vorleistungsprodukte, die früher noch aus dem Inland bezogen wurden, heute importiert. Insgesamt ist der Markt für Vorleistungsprodukte in Bewegung; die Spezialisierung in der internationalen Arbeitsteilung nimmt zu.

Die *chemische Industrie* hat ein großes Gewicht innerhalb der Vorleistungsgüterproduzenten und prägt auch deren aktuelle Entwicklung (Abbildung 4). Wie vor einem Jahr hatte die chemische Industrie im 1. Quartal 2003 einen starken Anstieg der Produktion zu verzeichnen – 5,6 % im Ver-

Abbildung 2

Konjunkturelles Muster des Auftragseingangs der Vorleistungsgüterproduzenten

Indexpunkte



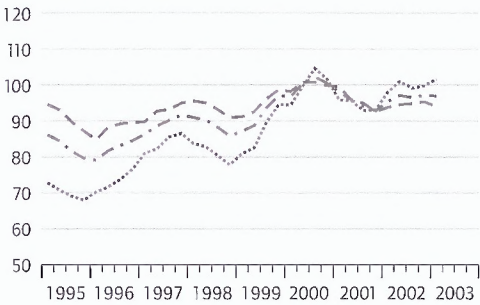
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

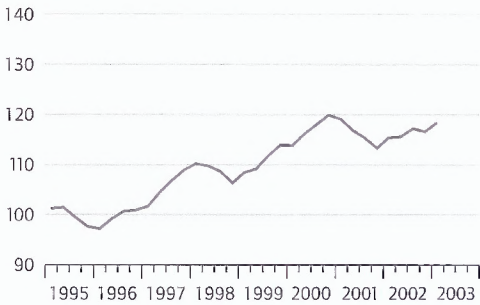
noch Abbildung 1

Auftragseingang und Produktion

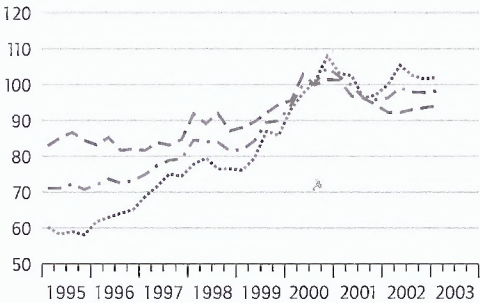
Vorleistungsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



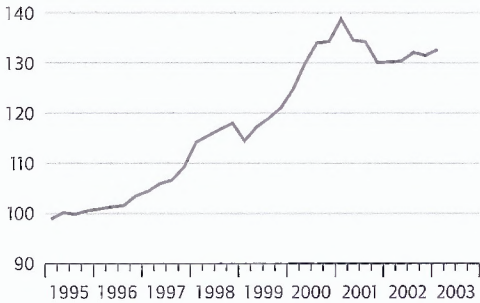
Index 1995 = 100, saisonbereinigt



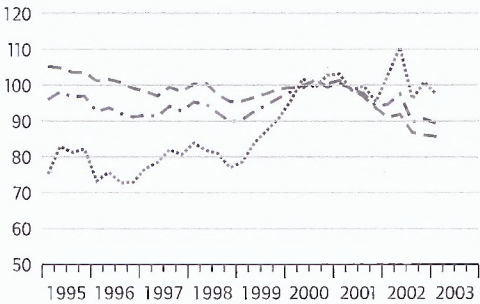
Investitionsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



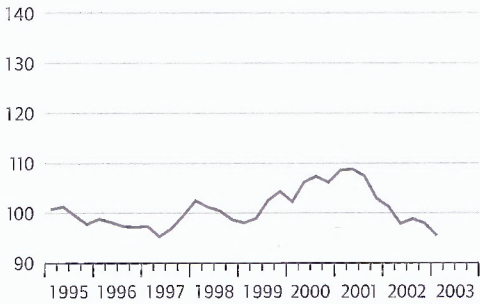
Index 1995 = 100, saisonbereinigt



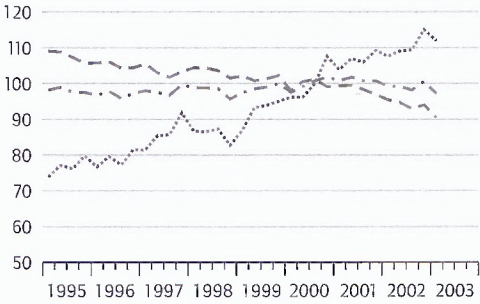
Gebrauchsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



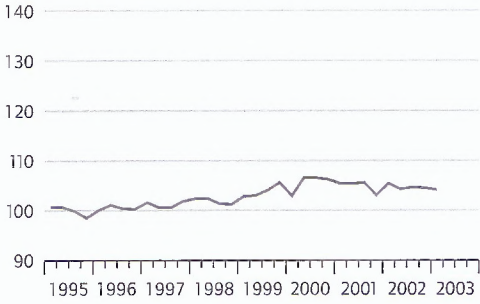
Index 1995 = 100, saisonbereinigt



Verbrauchsgüterproduzenten
Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Index 1995 = 100, saisonbereinigt



--- Auftragseingang insgesamt --- Auftragseingang Inland Auftragseingang Ausland — Produktion

Tabelle 1

Produktion und Auftragseingänge im produzierenden Gewerbe¹

	Struktur ² in %	Produktion ³ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr			Exportquote ⁴ in %	Auftragseingang ⁵ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr		
						Insgesamt	Inland	Ausland
	2002	3. Vj. 2002	4. Vj. 2002	1. Vj. 2003	2002	1. Vj. 2003		
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100,0	-0,3	1,4	1,5				
Vorleistungsgüterproduzenten	36,7	1,7	2,8	2,6	32,3	2,5	1,1	4,4
Investitionsgüterproduzenten	35,8	-1,5	0,9	2,0	54,5	2,6	2,6	2,5
Gebrauchsgüterproduzenten	3,7	-7,5	-4,7	-5,8	35,1	-4,9	-5,1	-4,4
Verbrauchsgüterproduzenten	15,5	-0,9	1,4	-1,2	18,4	-1,5	-4,8	4,5
Energie	8,2	1,0	0,3	3,6				
Bergbau ⁵	1,5	0,7	-0,3	-1,7	5,1			
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	0,9	4,0	-1,3	-0,6	3,9			
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0,1	1,2	9,4	-2,6	2,1			
Gewinnung von Steinen und Erden	0,5	-4,4	-1,0	-3,8	9,6			
Verarbeitendes Gewerbe	91,7	-0,3	1,5	1,3	38,3	1,9	0,8	3,1
Ernährungsgewerbe	6,9	1,5	1,5	-1,2	12,6			
Tabakverarbeitung	0,3	-13,9	-2,2	-14,8	8,8			
Textilgewerbe	1,0	-6,2	-2,4	-3,0	37,3	-4,3	-5,7	-2,0
Bekleidungsgewerbe	0,4	-12,3	-14,1	-13,4	32,5	0,4	-3,9	8,5
Ledergewerbe	0,2	-3,3	-7,7	-15,8	30,9	-7,8	-8,1	-6,6
Holzgewerbe	1,4	-3,0	-2,6	-1,6	20,1	-1,6	-4,9	11,0
Papiergewerbe	1,9	0,8	2,6	2,2	36,1	0,0	-0,5	0,9
Verlags- und Druckgewerbe	4,5	-3,8	0,2	-0,3	7,7	-4,1	-6,5	12,3
Mineralölverarbeitung, Kokerei	0,4	4,0	-0,7	-7,9	3,7			
Chemische Industrie	10,2	7,5	6,7	2,6	51,4	1,2	0,5	1,9
Gummi- und Kunststoffwaren	4,5	1,6	4,6	2,2	32,9	2,0	-0,8	7,8
Glas, Keramik, Steine und Erden	3,2	-4,0	-3,3	-3,5	22,4	-0,3	-5,5	10,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,9	2,5	2,7	3,4	38,6	2,8	2,5	3,3
Metallverarbeitung	7,9	-1,1	0,7	4,3	24,7	0,4	-1,4	5,6
Maschinenbau	12,1	-3,7	-1,5	1,0	50,6	1,4	-3,7	6,5
EDV-Geräte, Büromaschinen	1,6	-8,0	-3,4	-4,3	38,7	-3,0	0,5	-9,6
Elektrotechnik	7,1	0,0	3,1	3,4	36,7	3,6	2,0	6,3
Medientechnik	2,4	-11,0	-1,9	1,2	53,5	7,6	11,7	4,3
Mess- und Regeltechnik	3,3	-2,8	1,5	0,9	49,3	2,4	2,0	2,8
Kraftwagenbau	14,2	3,6	4,7	2,7	59,8	3,8	7,4	1,5
Sonstiger Fahrzeugbau	1,4	3,8	2,5	7,1	53,4	-2,4	11,6	-13,6
Möbel, Spielwaren	1,9	-11,0	-9,1	-5,5	24,0	-3,1	-5,4	7,7
Recycling	0,2	11,1	14,5	15,7	25,2			
Energieversorgung	6,7	0,5	0,3	5,0				

1 Ohne Baugewerbe.

2 Anteile in % der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des produzierenden Gewerbes ohne Bauleistungen. Abweichungen in den Summen durch Rundung.

3 Produktionsindex, 1995 = 100, arbeitstäglich bereinigt.

4 Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes der Betriebe des jeweiligen Sektors.

5 Volumenindex, 2000 = 100.

6 Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

gleich zum Vorquartal. Dieser ist vor allem auf eine gestiegene Produktion von chemischen Grundstoffen zurückzuführen.³ Diesmal ist die Dynamik aber nicht mit geräumten Lagern und der Erwartung eines kräftigen Aufschwungs zu begründen. Es ist somit wahrscheinlich, dass sich diese Entwicklung in den folgenden Quartalen korrigiert. Nach den vorliegenden Berechnungen wird die Produktion dann in diesem Jahr um 2,6 % über dem Vorjahresniveau liegen (Tabelle 3). Erst im Verlauf des kommenden Jahres werden die Verlaufsdaten der Produktion in der chemischen Industrie wieder kräftiger ausfallen und im Jahresdurchschnitt zu einem Wachstum von etwa 2 % führen.

In der *Metallerzeugung und -bearbeitung*, einer anderen großen Gruppe von Vorleistungsgüterproduzenten, werden Auf- und Abschwünge erfah-

³ Mit der Umstellung der Produktionsindizes auf die Basis 2000 (voraussichtlich ab Berichtsmonat Mai) geht eine Veränderung der Gewichtung zweier zum Zweig der Herstellung von chemischen Grundstoffen gehörenden Bereiche einher: Das Gewicht der Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien (WZ-Nr. 24.14), die die Petrochemie umfasst, erfährt eine Reduktion um etwa die Hälfte, während das Gewicht der Herstellung von Kunststoffen in Primärform (WZ-Nr. 24.16) sich fast verdreifacht. Durch diese Veränderung wird sich der gesamte Verlauf des Produktionsindexes für die chemische Industrie erheblich verändern. Die starken Anstiege in den ersten Quartalen 2002 und 2003 werden wesentlich geringer ausfallen, so dass sich insgesamt niedrigere Wachstumsraten für das vergangene Jahr und für das Jahr 2003 ergeben werden.

Chemische Industrie erst 2004 wieder kräftigere Entwicklung

Tabelle 2

Entwicklung der Produktion und der Auftragseingänge in ausgewählten Branchen des verarbeitenden Gewerbes

Veränderung gegenüber der Vorperiode in %

	2002	1. Vj. 2002	2. Vj. 2002	3. Vj. 2002	4. Vj. 2002	1. Vj. 2003
Produktion¹						
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,1	0,9	-0,1	1,1	-0,5	0,9
Vorleistungsgüterproduzenten	0,0	1,9	0,1	1,4	-0,5	1,6
Investitionsgüterproduzenten	-2,5	0,1	0,1	1,3	-0,5	0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	-7,4	-1,6	-3,4	0,9	-0,9	-2,5
Verbrauchsgüterproduzenten	-0,2	2,3	-1,1	0,4	-0,1	-0,4
Energie	0,4	-1,2	2,2	-0,1	-0,4	2,0
Verarbeitendes Gewerbe	-1,3	1,1	-0,3	1,3	-0,5	0,8
Ernährungsgewerbe	1,3	0,4	-0,7	2,6	-1,0	-0,6
Chemische Industrie	6,0	9,8	-2,9	3,3	-3,1	5,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	0,8	2,2	1,1	0,5	-1,1	2,9
Metallverarbeitung	-2,3	0,1	-0,3	0,9	0,0	3,4
Maschinenbau	-3,5	-1,1	-1,5	1,2	0,0	1,1
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	-4,2	-1,2	-0,3	2,0	1,3	-0,6
Kraftwagenbau	0,7	1,1	2,7	4,3	-3,2	-1,0
Auftragseingang Inland²						
Vorleistungsgüterproduzenten	-1,1	1,3	0,9	0,3	0,6	-1,4
Investitionsgüterproduzenten	-4,5	-2,3	0,0	0,9	0,6	0,6
Gebrauchsgüterproduzenten	-8,8	-2,7	0,9	-5,4	-0,9	-0,5
Verbrauchsgüterproduzenten	-4,3	-1,4	-0,8	-1,9	1,1	-3,8
Verarbeitendes Gewerbe	-3,3	-0,8	0,3	0,0	0,5	-0,7
Chemische Industrie	0,4	1,1	2,9	0,4	-2,8	-0,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	4,3	2,3	4,1	-0,7	2,7	-4,2
Metallverarbeitung	-5,5	-2,4	-0,6	-2,3	-0,6	-6,4
Maschinenbau	-2,9	1,9	-0,9	2,0	-2,5	1,5
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	-6,5	-5,3	1,4	0,7	0,5	-0,7
Kraftwagenbau	-2,5	0,9	-1,2	5,5	-4,0	5,8
Auftragseingang Ausland²						
Vorleistungsgüterproduzenten	5,4	5,3	3,0	-1,8	0,6	1,8
Investitionsgüterproduzenten	2,6	2,9	5,4	-2,7	-1,0	0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	3,4	7,9	7,4	-13,0	4,8	-3,4
Verbrauchsgüterproduzenten	3,6	-1,6	1,4	0,3	5,1	-2,7
Verarbeitendes Gewerbe	3,7	3,7	4,4	-2,6	0,1	0,6
Chemische Industrie	4,7	6,5	2,5	-0,7	-2,3	1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	7,4	5,1	5,1	-2,2	-0,6	0,3
Metallverarbeitung	8,5	17,3	1,9	-5,1	2,1	-3,3
Maschinenbau	-2,3	-8,7	1,7	-0,9	6,4	-2,1
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	-2,6	-6,4	5,7	-4,0	1,1	0,3
Kraftwagenbau	6,8	5,7	3,3	6,5	-4,6	-4,0

¹ Produktionsindex 1995 = 100, saisonbereinigt.² Volumenindex 2000 = 100, saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

rungsgemäß stark vom eigenen Lagerzyklus beeinflusst (Abbildung 5). Die schwache Nachfrage und die im vergangenen Jahr angefüllten Lager werden im Jahresverlauf 2003 zu einem Rückgang der Produktion führen. Im nächsten Jahr wird voraussichtlich die Festigung des Aufschwungs mit einem Anfüllen des Lagerbestandes zusammenfallen, so dass mit einem Produktionswachstum von ebenfalls etwa 2 % zu rechnen ist.

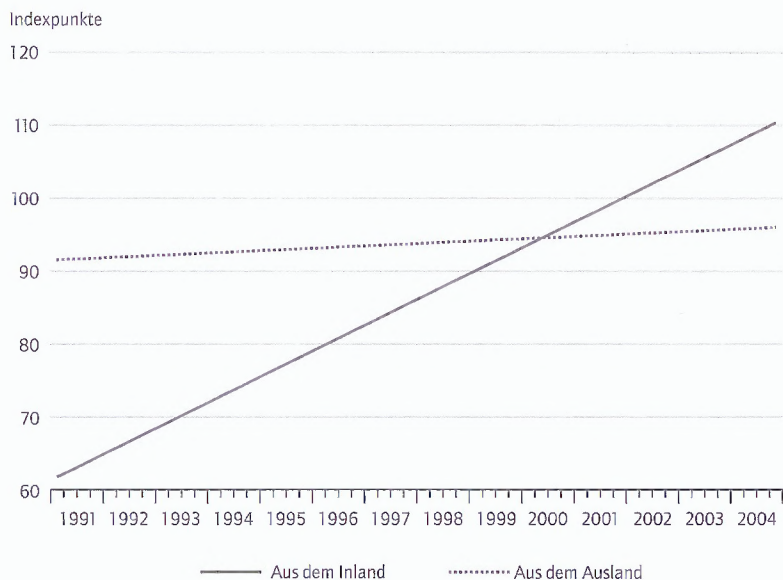
Investitionsgüter: Nachfragebelebung aus dem Ausland im kommenden Jahr

Die Investitionsgüterproduktion blieb im Jahre 2002 verhalten (Abbildung 1). Angesichts der weltwirtschaftlichen Unsicherheit haben es die Investitionsgüterproduzenten schwer, die zukünftige Marktentwicklung einzuschätzen. Durch die schnelle Beendigung des Krieges im Irak gibt es zwar einen Unsicherheitsfaktor weniger, doch verbleiben mit dem gestiegenen Wechselkurs des Euro, der Wachstumsschwäche im Inland sowie

Weltwirtschaftliche Unsicherheit erschwert Lage der Investitionsgüterindustrie

Abbildung 3

Trendwachstum der Nachfrage nach Vorleistungsgütern



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

den Unsicherheiten über den wirtschaftspolitischen Kurs noch erhebliche Risiken.

Den international ausgerichteten inländischen Investitionsgüterproduzenten bleibt keine andere Wahl, als über Aufträge aus dem Ausland die inländischen Nachfrageausfälle zu kompensieren.

Auslandsaufträge müssen inländischen Nachfrageausfall kompensieren

Eine langfristige Betrachtung der Entwicklung der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland zeigt, dass die inländischen Investitionsgüterproduzenten an dem stärkeren Wachstum im Ausland bisher teilhaben konnten (Abbildung 6). Dies wird bestätigt durch die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Exporte von Investitionsgütern im Zeitraum 1995 bis 2002 von fast 11 %. Gleichzeitig sind aber die Importe von Investitionsgütern nach Deutschland um durchschnittlich 10 % pro Jahr angestiegen.

Mit dem Bestreben der inländischen Investitionsgüterproduzenten, am Wachstum im Ausland teilzuhaben, geht – wie bei den Vorleistungsgüterproduzenten – eine Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung einher.

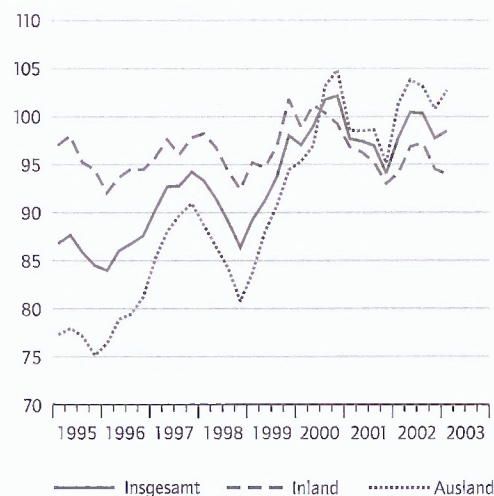
Der *Maschinenbau*, dem gemessen an der Beschäftigung größten Ausrüstungsgüterproduzenten, zeigte im Verlauf des letzten Jahres bis zum aktuellen Rand ein besonders schwankendes Bild der Auftragseingänge im In- wie im Ausland (Abbildung 7). Die Auftragseingänge aus dem Inland werden der Prognose zufolge erst mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung im kommenden Jahr eine konjunkturelle Belebung erfahren. Die Auftragseingänge aus dem Ausland werden vor allem von der weltwirtschaftlichen Dynamik profitieren. Die Produktion wird deshalb im Jahre 2003 um 1,5 % wachsen. Die Kräftigung des Aufschwungs wird im kommenden Jahr zu einem Wachstum von etwa 2 % führen.

Abbildung 4

Chemische Industrie

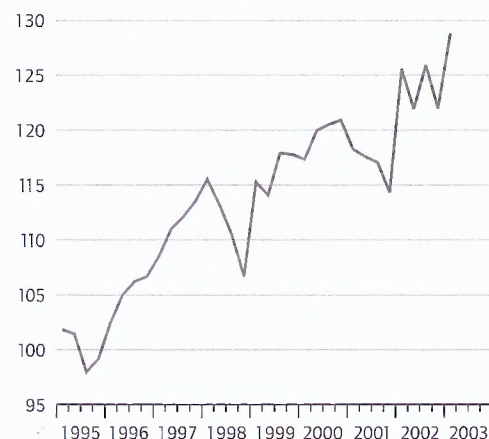
Auftragseingang

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Produktion

Index 1995 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2003

Der *Fahrzeugbau* als größter Investitionsgüterhersteller gemessen an der Bruttowertschöpfung hatte bis zum 3. Quartal 2002 den Rückgang der Produktion im Jahre 2001 mehr als ausgeglichen (Abbildung 8). Die deutschen Hersteller konnten die Nachfrage aus dem Ausland halten. Zunehmender Wettbewerbsdruck, der auch Ergebnis der Wechselkursveränderung des Euro ist, führte zu einem starken Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland im 4. Quartal 2002. Die Produktion folgte dieser Entwicklung. Im Jahresdurchschnitt 2002 erzielte der Fahrzeugbau im Vergleich zum Vorjahr nur noch eine Wachstumsrate von 0,7%.

Angesichts der schwachen weltwirtschaftlichen Perspektiven in diesem Jahr werden sich die Auftragseingänge des Fahrzeugbaus aus dem Ausland kaum erholen und erst im kommenden Jahr wieder an Fahrt gewinnen. Allerdings ist für die Prognose des Fahrzeugbaus die Wechselkursannahme besonders entscheidend. Untersuchungen haben gezeigt, dass Produkte des Fahrzeugbaus in hohem Maße dem preislichen Wettbewerb ausgesetzt sind und die Nachfrage damit stark auf Wechselkurschwankungen reagiert.⁴

Die Auftragseingänge aus dem Inland zeigen einen erratischen Verlauf bis zum aktuellen Rand. Der erhebliche Rückgang im 4. Quartal 2002 dürfte auch auf die Ankündigung der stärkeren Firmenwagenbesteuerung zurückzuführen sein. Der starke Anstieg im 1. Quartal kam zustande, weil Aufträge

Tabelle 3

Produktionsentwicklung¹ 2002 bis 2004

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2002	2003 ²	2004 ²
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,1	0,9	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	-1,3	1,0	1,9
Ernährungsgewerbe	1,4	-0,2	1
Chemische Industrie	6,0	2,6	2
Metallerzeugung und -bearbeitung	0,8	0,7	2
Metallverarbeitung	-2,3	2,0	3
Maschinenbau	-3,6	1,5	2
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	-3,6	2,8	2
Kraftwagenbau	0,7	0,8	3
Energieversorgung	0,3	-0,7	1

1 Arbeitstäglich bereinigt.

2 Prognose des DIW Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

nachgeholt wurden. Er wird sich in den Folge-monaten kaum fortsetzen. Insgesamt ist in diesem Jahr mit einem Produktionswachstum von nur 0,8% zu rechnen. Im kommenden Jahr kann dem hier zugrunde gelegten Szenario zufolge ein Produktionswachstum von etwa 3% erwartet werden.

2003 kaum Wachstum im Fahrzeugbau

In der *Elektrotechnik im weiteren Sinne*, mit den Zweigen Elektrotechnik (WZ-Nr. 31), Medien-

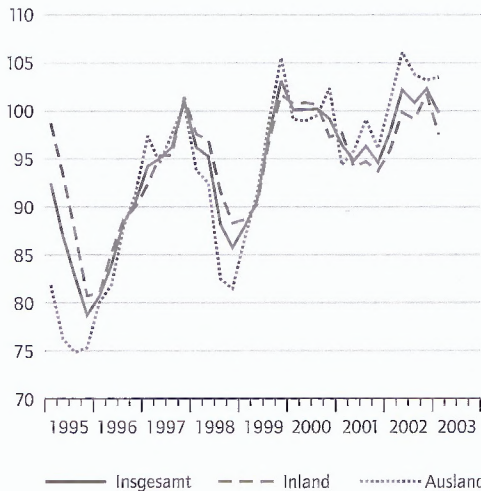
4 Vgl.: Abhängigkeit der deutschen Exporte vom realen Außenwert der D-Mark. Bearb.: Dorothea Lucke. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/98, S. 75–81.

Abbildung 5

Metallerzeugung und -bearbeitung

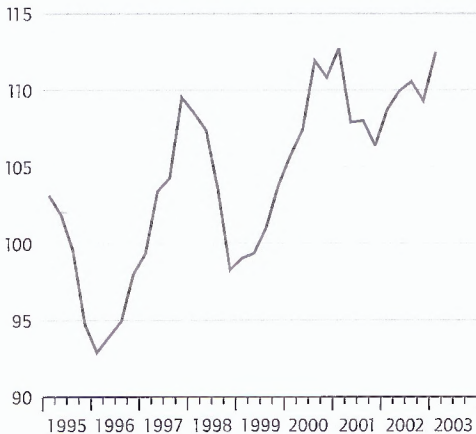
Auftragseingang

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Produktion

Index 1995 = 100, saisonbereinigt



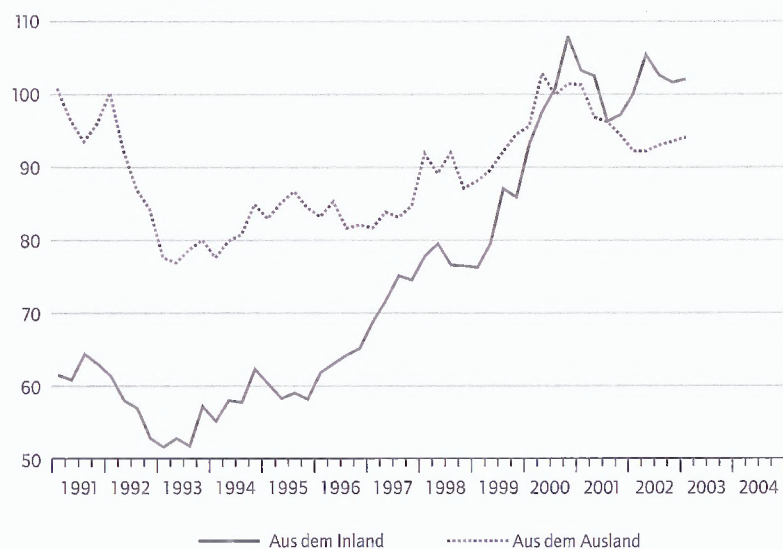
Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2003

Abbildung 6

Nachfrage nach Investitionsgütern

Indizes des Auftragseingangs 2000 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2003

technik (WZ-Nr. 32) sowie Mess- und Regeltechnik (WZ-Nr. 33), war die Entwicklung in diesem Frühjahr sehr unterschiedlich (Abbildung 9).

Die Auftragseingänge aus dem Inland nach elektronischen Bauelementen (Vorleistungszweig der

Medientechnik [WZ-Nr. 32.19]) sind im Allgemeinen ein guter Frühindikator, da zunehmend elektronische Bauelemente in der gesamten Investitionsgüterindustrie als Inputs genutzt werden.

Seit einem Jahr nimmt die Nachfrage nach elektronischen Bauelementen nur schwach zu. Die Produktion ist nach einem Anstieg in 2002 nun wieder auf das Niveau des Tiefpunkts im 1. Quartal 2002 zurückgefallen. Diese Entwicklungen weisen für 2003 auf eine nur schwache Investitionsgüterproduktion hin.

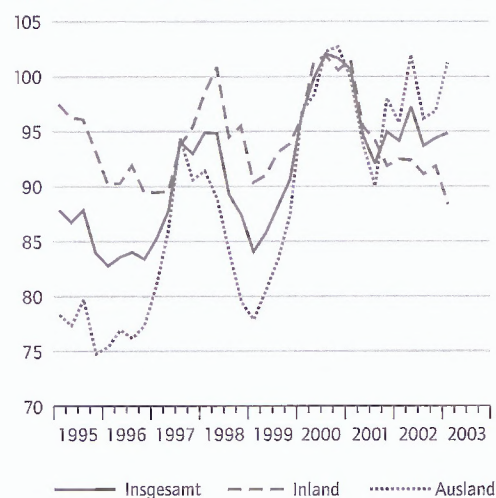
Allerdings hatten gerade in der Elektrotechnik im weiteren Sinne einige Investitionsgüterzweige im 1. Quartal 2003 ihre Produktion im Vergleich zum Vorquartal stark ausgeweitet. Unter diesen Zweigen sind die Herstellung von Nachrichtentechnischen Einrichtungen (WZ-Nr. 32.2) und die Medizintechnik (WZ-Nr. 33.1) zu nennen. Angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung im In- und Ausland kann nicht davon ausgegangen werden, dass das hohe Produktionsniveau im Jahresverlauf gehalten werden kann. Im Jahresdurchschnitt ist für die Elektrotechnik im weiteren Sinne mit einer Wachstumsrate von 2,8 % zu rechnen.

Erst im Verlauf des kommenden Jahres wird sich die Nachfrage wieder beleben. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird dieser Verlauf unterhangsbedingt nur einen Produktionsanstieg von gut 2 % gegenüber dem Vorjahr bedeuten.

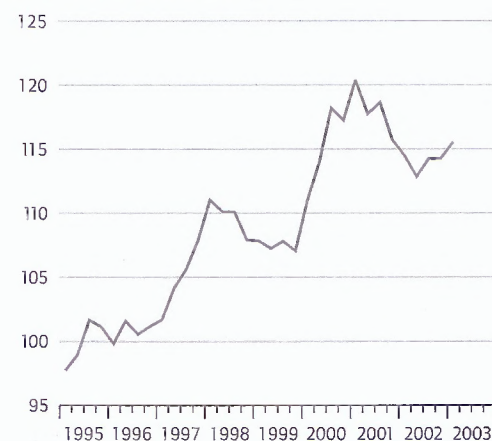
Abbildung 7

Maschinenbau**Auftragseingang**

Index 2000 = 100, saisonbereinigt

**Produktion**

Index 1995 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

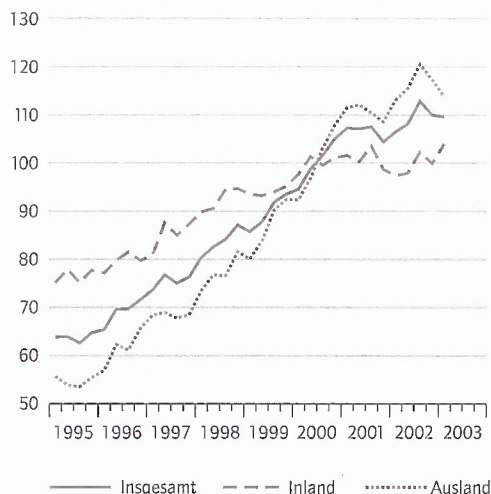
DIW Berlin 2003

Abbildung 8

Kraftwagenbau

Auftragseingang

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Produktion

Index 1995 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

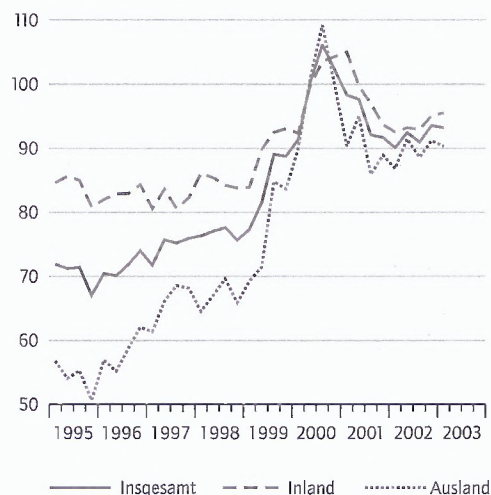
DIW Berlin 2003

Abbildung 9

Erweiterte Elektrotechnik¹

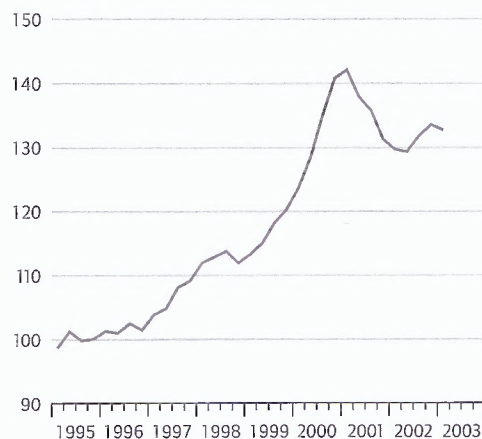
Auftragseingang

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Produktion

Index 1995 = 100, saisonbereinigt



¹ Elektrotechnik, Medientechnik, Mess- und Regeltechnik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Gebrauchs- und Verbrauchsgüter: Keine Erholung

Die im Jahre 2001 einsetzende Talfahrt von Gebrauchsgütern, darunter insbesondere die von Mö-

beln sowie von Fernseh- und Rundfunkgeräten, ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Positiv setzt sich vom Gesamtverlauf der Gebrauchsgüterproduzenten die Produktion der optischen Industrie ab (WZ-Nr. 33.4). Sie hat sich im Durchschnitt der

Optische Industrie positive Ausnahme

letzten Jahre sehr dynamisch entwickelt, insbesondere im 1. Quartal 2003. Ihr Gewicht innerhalb der Gebrauchsgüterproduzenten beträgt allerdings nur etwa 9%.

Weiterer Rückgang der
Gebrauchsgüterproduktion

Da im laufenden Jahr der private Konsum nur wenig expandieren wird, ist von einem weiteren Rückgang der Gebrauchsgüterproduktion auszugehen. Er dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 bei 2,2% liegen. Die konjunkturelle Belebung im kommenden Jahr, die auch den Konsum stärker erfassen wird, kann die Entwicklung im Jahresverlauf zwar positiv wenden, würde aber im Jahresdurchschnitt immer noch zu einem Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr von etwa 1% führen.

Auch Verbrauchsgüterproduktion
eingetrübt

Die Verbrauchsgüterproduktion hat sich im Jahresverlauf 2002 bis zum aktuellen Rand zunehmend eingetrübt (Abbildung 1). Dies ging einher mit einem Rückgang der Produktion im Ernährungsgewerbe, das unter einem längerfristigen Aspekt die Verbrauchsgüterproduktion gestützt hat. Im kommenden Jahr wird die leichte Konsumbelebung von kalenderbereinigt etwa 1,1% zu

einer leichten Erholung der Verbrauchsgüterproduktion mit ca. 1% Wachstum führen.

Ausblick

Die Produktion im produzierenden Gewerbe wird in diesem Jahr mit 0,9% nur sehr schwach zulegen. Die langsame Verbesserung der binnen- und weltwirtschaftlichen Konjunkturaussichten wird allmählich zu einer Belebung der Aufträge aus dem Ausland führen. Diese Belebung wird sich erst nach und nach auf die gesamte Industrie ausbreiten. Insgesamt ist für das Jahr 2004 ein Wachstum der Industrieproduktion von 1,8% zu erwarten.

Ein Risiko besteht in der Entwicklung des Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar, aber auch gegenüber dem japanischen Yen. Sollte der Euro weiter aufwerten oder das bereits erreichte Niveau halten, ist kaum zu erwarten, dass die deutsche Industrie Verluste in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch Einschränkungen bei Gewinnen oder durch höhere Qualität ihres Angebots kompensieren kann.

Kasten

Evaluation der Prognosen vom Mai und November 2002 für das Jahr 2002

Im Mai und November jeden Jahres erarbeitet das DIW Berlin eine Prognose für das produzierende Gewerbe in Deutschland, die auf 34 Branchenprognosen beruht. Die Branchenprognosen werden mit Hilfe multivariater Zeitreihenmodelle erstellt. In diese Modelle gehen als Rahmendaten die Annahmen und Ergebnisse der jeweils letzten Gemeinschaftsdiagnose ein. Die Branchenprognosen werden auf der Industrietagung des DIW Berlin vorgestellt, dort mit Experten aus Unternehmen und Verbänden diskutiert und anschließend in einem Wochenbericht des DIW Berlin veröffentlicht.

Die an dieser Stelle zum ersten Mal vorgenommene Darstellung der Prognosefehler für die wichtigsten Branchen ist ein Einstieg in eine systematische Analyse der Treffsicherheit der Branchenprognosen und liefert Anhaltspunkte für die Ursachen einer Fehlprognose im Aggregat.

Die Prognosen vom Mai und November 2002 für die Produktion im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) des Jahres 2002 fielen negativer aus als die tatsächliche Entwicklung. Prognostiziert wurde ein Rückgang der Produktion um 1,4%, realisiert aber hat sich eine Abnahme um nur 1,1%.¹ Diese Abweichung überrascht auf den ersten Blick vor dem Hintergrund der in das Modell eingehenden Prognosen über das gesamtwirtschaftliche Wachstum und dessen tatsächlicher Entwicklung: Die makroökonomischen Prognosen zeichneten ein gegenüber dem Ist günstigeres Bild. Bei Betrachtung der einzelnen Branchenprognosen vom Mai ist allerdings festzustellen, dass auch sie in der Mehrzahl die tatsächliche Entwicklung – analog zu den gesamtwirtschaftlichen Prognosen – überschätzt haben.

Verantwortlich für die Überschätzung des negativen Wachstums im produzierenden Gewerbe insgesamt ist im Wesentlichen die Fehleinschätzung der Entwicklung seiner größten Branche, dem Fahrzeugbau. Die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung führte zu einem Rückgang der Investitionsgüterproduktion und ließ bei der Prognose im Mai 2002 auch für den Fahrzeugbau einen Produktionsrückgang erwarten. Stattdessen nahm der Fahrzeugbau eine Sonderentwicklung: Die Nachfrage aus dem Ausland nach Fahrzeugen stieg kräftig an und stützte die Produktion bis zum 3. Quartal 2002.

¹ Vgl.: Erholung der Industrie verhalten. Bearb.: Dorothea Lucke. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2002, S. 384–390; Industrie-

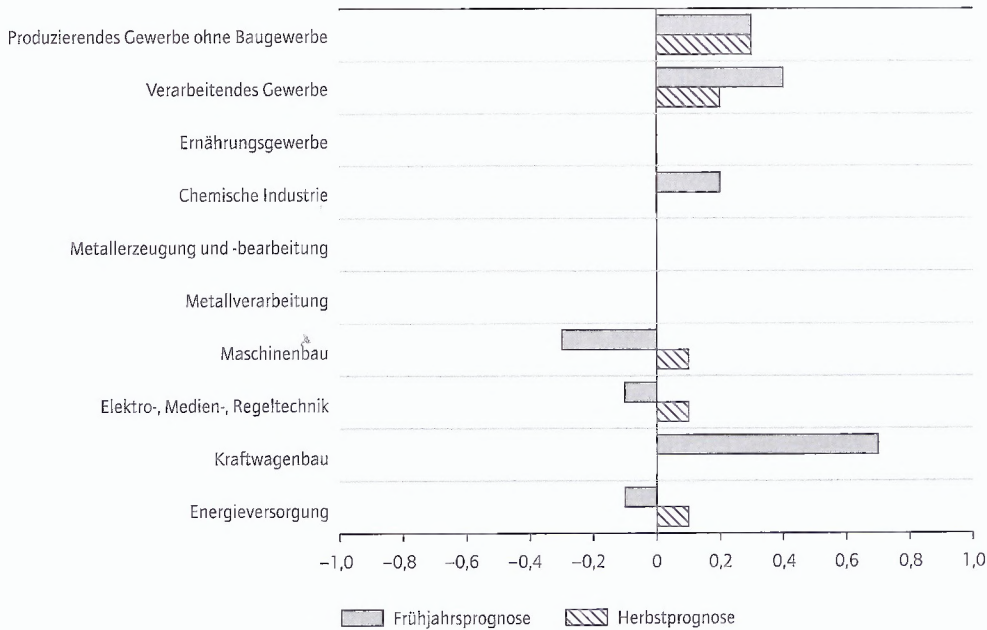
produktion: Ende der Rezession? Bearb.: Dorothea Lucke. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 51-52/2002, S. 890–898.

Die Abbildung unten zeigt, dass die Fehler der Branchenprognosen vom November 2002 wesentlich gegenüber denjenigen vom Mai reduziert werden konnten. Anders als bei der Prognose vom Mai beruht der in seiner Höhe gleich gebliebene Prognosefehler für das Aggregat im November auf vielen sehr kleinen Prognosefehlern sowohl der hier aufgeführten großen Branchen als auch der nicht aufgeführten kleinen Branchen. Bei der Prognose der letzteren wurde die Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Erwartungen im Laufe des Jahres 2002 zu stark gewichtet und dadurch ihre Wachstumsrate für 2002 tendenziell unterschätzt.

Abbildung

Prognosefehler für 2002: Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Wachstumsbeitrag¹ bei den Prognosen vom Mai und November 2002

In Prozentpunkten



¹ Der Wachstumsbeitrag einer Branche ergibt sich aus seiner Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil der Branche am produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe aus dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Entbürokratisierung der Statistik durch Flexibilisierung

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Reiner Stäglin
rstaeglin@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Der „Masterplan Entbürokratisierung“, den die Bundesregierung vorgelegt hat und nun beginnt umzusetzen, betrifft auch den Bereich der amtlichen Statistik. Dazu haben die statistischen Ämter inzwischen einen „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ beschlossen. Es reicht aber nicht, Statistiken zu streichen, vielmehr muss das gesamte System der statistischen Infrastruktur in Deutschland (und in Europa) besser aufeinander abgestimmt werden. Dazu sind gesetzliche Neuregelungen nötig, um beispielsweise eindeutige Zuständigkeiten zu schaffen.

In demokratischen Gesellschaften stellt die Statistik ein öffentliches Gut dar. Dies bedeutet, dass die Öffentlichkeit ein Recht hat, die Informationen zu kennen – in angemessen anonymisierter Form –, die Regierungen und Behörden (bzw. Körperschaften, die mit öffentlichen Mitteln arbeiten) als Entscheidungsgrundlagen nutzen.¹ In den USA ist dieses Recht inzwischen im „Freedom of Information Act“ gesetzlich kodifiziert. Auch in der EU wird eine solche Rechtsgrundlage diskutiert. Wird in Deutschland der „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ zielstrebig umgesetzt, so kann es zu einem Vorbild beim Umgang öffentlicher Stellen mit statistischen Informationen werden.

Stärkung der Kompetenzen des Statistischen Beirats

Ein großer Teil der Effizienzprobleme der amtlichen Statistik resultiert aus unklaren Zuständigkeiten und unzureichender Koordination. Das wirkt sich auch auf die Qualität der amtlichen Statistik aus. Zwar gibt es einen „Statistischen Beirat“, der gemäß § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) den Bund und die Länder im Hinblick auf die Bundesstatistik berät, die in den statistischen Ämtern produziert wird. Für die übrige, weit darüber hinausgehende statistische Infrastruktur gibt es keine Koordinierungsstellen und insbesondere kein übergreifendes Beratungsgremium. Ein solches ist auch mit der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne weiteres zu vereinbaren.

Ein Beispiel für die unzureichende Abstimmung ist die Erwerbsstatistik, die bislang zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Landesämtern einerseits und der Bundesanstalt für Arbeit (BA) andererseits arbeitsteilig erstellt wird.

Im Fall der BA ereignete sich Anfang des Jahres 2002 der „Skandal“ um die Arbeitsvermittlungs-

statistik und verstärkte den Druck, die Arbeitsmarktstatistik zu reformieren. Dazu entwickelte die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ Vorschläge, die den gesamten Bereich der Arbeitsmarktforschung und Evaluation umfassen. Zunächst soll eine international vergleichbare monatliche Arbeitsmarkt- und insbesondere Erwerbslosenstatistik nach den Standards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) etabliert werden. Diese soll die Arbeitslosenstatistik der BA ergänzen. Dadurch wird die Qualität der Erwerbsstatistik deutlich verbessert, aber kein Beitrag zur Entbürokratisierung erbracht. Dafür müsste die gesamte Erwerbsstatistik in einer Institution angesiedelt sein.

Eine rationale Koordinierung und damit auch Flexibilisierung des gesamten statistischen Programms in Deutschland ist nur möglich, wenn der Bereich der amtlichen Statistik erheblich breiter als gegenwärtig gefasst wird. Die Koordinierung muss nicht nur die statistischen Ämter, sondern auch die anderen Behörden und Forschungseinrichtungen sowie die Ministerialverwaltungen gleichermaßen einschließen. Für gesellschaftlich interessante Fragestellungen kommen aber auch nichtamtliche statistische Erhebungen infrage. Sie liefern vielfach aufgrund ihrer in der Sache liegenden Flexibilität für punktuelle Fragestellungen wichtigere Ergebnisse als amtliche Daten und sollten daher „am Rande“ in die Koordinierung einbezogen werden.

Der Statistische Beirat sollte künftig nicht nur für die Bundesstatistik, sondern für die breiter definierte amtliche Statistik zuständig sein. Dabei gilt es, vor allem Vorschläge für die mittel- und langfristige Programmplanung zu machen und die Bundesregierung und den Gesetzgeber zu beraten.

¹ Dabei geht es also nicht um personenbezogene Verwaltungsdaten, die es z.B. Behörden ermöglichen, Erkenntnisse etwa über einzelne Mitarbeiter oder einzelne Klienten zu gewinnen. Diese Art von Daten unterliegt zu Recht strengsten Datenschutzbestimmungen. Dazu gehört die individuelle Möglichkeit zur Einsicht in die gespeicherten Daten.

Ebenso wichtig ist aber auch die Planung der Nutzung von statistisch aufbereiteten Verwaltungsdaten, z. B. Registerdaten der Beschäftigten- und der Umsatzsteuerstatistik. Bei der Festlegung der Speicherung von Verwaltungsdaten sollten Statistiker – und zwar amtliche wie nichtamtliche – mitreden dürfen, nicht zuletzt, um durch eine bessere Koordination auch die direkte Belastung von Unternehmen und Personen durch statistische Erhebungen zu reduzieren. Durch einen besseren Datenzugang kann auch die Belastung indirekt reduziert werden.

Schaffung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten

Auch für die – auf Dauer angelegten – wissenschaftlichen Langzeit- bzw. Panelerhebungen, z. B. die Allgemeine Bevölkerungsumfrage für Sozialwissenschaften (ALLBUS) oder das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), erscheint eine kontinuierliche Koordinierung erwünscht. Aufgrund der Wissenschaftsnähe, d. h. des innovativen und oft „experimentellen“ Charakters wissenschaftsträger statistischer Erhebungen, wäre aber ein eigenständiges Beratungsgremium, das voll in die Wissenschaft eingebunden ist und den Statistischen Beirat ergänzt, adäquat, denn die wissenschaftsträgere Daten-Infrastruktur als Teil der nichtamtlichen Statistik zeichnet sich in erster Linie durch theoriegeleitete Erhebungen und Innovationen bei den Inhalten und Methoden der Erhebung aus.²

Der Forschungs-„Antrieb“ der wissenschaftsträger Erhebungen ist Stärke und Schwäche zugleich. Einerseits werden neue Fragestellungen vorangetrieben, andererseits erfolgt keine Koordination längerfristiger Erhebungen mit der amtlichen Statistik, obwohl dadurch Ressourcen gespart werden könnten, weil sie systematisch auf wissenschaftsträgere Daten zurückgreifen würde.³ Sollen wissenschaftsträgere Erhebungen systematisch für amtliche Zwecke genutzt werden, müssen somit Lösungen gesucht werden, die die Innovationsfähigkeit der Wissenschaft uneingeschränkt sicherstellen. Dieses Ziel erscheint erreichbar durch eine bessere Koordination innerhalb des Wissenschaftssystems mit Hilfe eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (*RatSWD*).⁴

Ein RatSWD organisiert die Mitsprache der Wissenschaft gegenüber der amtlichen Statistik.⁵ Er sollte den Statistischen Beirat ergänzen und in ihm vertreten sein. Das würde die bisher nicht so gewichtige Rolle der Wissenschaft im Statistischen Beirat stärken.

Entschlackung der Vorschriften

Sowohl Politik und Verwaltung als auch das Wissenschaftssystem haben hinsichtlich der Gestaltung der statistischen Infrastruktur jahrzehntelang Kommunikationsdefizite hingenommen, die durch einen Statistischen Beirat mit erweiterter Kompetenz und durch einen ergänzenden Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten überwunden werden können.⁶ Insbesondere die Wissenschaft muss sich stärker ihrer Aufgabe widmen, Politik und Verwaltung bei der Produktion von Statistikdaten zu beraten (sowohl auf Basis von Verwaltungsdaten wie auf Basis eigener statistischer Erhebungen).⁷

Grundsätzlich empfiehlt es sich im Interesse der Qualität von Statistiken, dass diese nicht von Behörden, die zugleich einen gestaltenden oder ausführenden Auftrag haben, sondern von methodisch unabhängigen, wissenschaftlich arbeitenden und zur Objektivität und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse verpflichteten Institutionen erbracht werden.

Die Durchführung von Erhebungen sollte künftig – wie im Ausland – nicht mehr vom Gesetzgeber im Detail geregelt werden. Das verbessert sowohl die Effektivität als auch die Effizienz der Erhebungen. Zwar sieht gegenwärtig das BStatG in § 7 bereits die Möglichkeit von Erhebungen für besondere Zwecke vor, jedoch sind die dort vorgesehenen Einschränkungen – etwa bezüglich der maximalen Fallzahl von Stichproben – nicht mehr zeitgemäß und sollten reformiert werden.⁸

² Wobei die Erhebungsinnovationen stark von der kommerziellen, also von Marktprozessen „gesteuerten“ Umfrageforschung vorangetrieben werden.
³ Man kann freilich auch ein radikaleres Modell vertreten, wie es in den Naturwissenschaften üblich ist. Dort werden Daten, meist in Form von kontrollierten Experimenten, im Grundsatz ohne jede Koordination in vollem Wettbewerb erhoben. Andererseits werden aber *kostspielige* Großgeräte auch (sogar teilweise weltweit) koordiniert.

⁴ Vgl. Kommission für die Verbesserung der statistischen Infrastruktur (KVI) (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Baden-Baden 2001, S. 292 f. und S. 294. Der RatSWD soll im Übrigen nur die dauerhaft geförderte wissenschaftliche Datenerhebung beraten und koordinieren, also die Forschungsförderer – so in Sonderheit die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – bei der Auswahl ihrer Projekte explizit *nicht* beraten, um die Innovationsfähigkeit der Wissenschaft voll zu bewahren. Der *Wissenschaftsrat* hat die Empfehlung zur Einrichtung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten im November 2002 bekräftigt. Vgl. Wissenschaftsrat (Hrsg.): Dokumentation: „Empfehlungen zur Stärkung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen“. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 122, Heft 4/2002, S. 635 ff., hier: S. 647 f.
⁵ Vgl. auch Gert G. Wagner: Self-Regulation within the Research Community as a Means for Shaping the Statistical Infrastructure. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Kooperation zwischen Wissenschaft und Amtlicher Statistik. Wiesbaden 1999, S. 59 ff.

⁶ Vgl. auch Gert G. Wagner, a. a. O.

⁷ Dieser Mangel gilt erst recht auf europäischer Ebene. Der Wissenschaftsrat hat daher in seine Überlegungen zur strategischen Forschungsförderung ausdrücklich auch das Problem der Erhebung wissenschaftsträger Daten auf internationaler Ebene einbezogen. Vgl. Wissenschaftsrat (Hrsg.): Strategische Forschungsförderung – Empfehlungen zu Kommunikation, Kooperation und Wettbewerb im Wissenschaftssystem. Köln 2003, S. 55 und S. 62 (www.wissenschaftsrat.de/texte/5654-03.pdf).

⁸ Wobei – nicht zuletzt auch aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Wettbewerbsüberlegungen – beachtet werden muss, dass die Möglichkeiten der Durchführung von Erhebungen durch von den statistischen Ämtern beauftragte private Umfrageinstitute systematisch genutzt werden sollten. Die zurzeit laufende Erhebung der Erwerbslosen durch ein privates Institut ist ein interessantes Beispiel für „Contracting out“.

Sowohl der gestärkte Statistische Beirat wie ein ihn ergänzender „Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten“ gewinnen als Beratungsgremien an Bedeutung, wenn künftig der Gesetzgeber keine Detailregelungen für die amtliche Statistik mehr vorsieht. Derartige Beratungsgremien sind auch notwendig, wenn Deutschland bei der Gestaltung der statistischen Infrastruktur auf europäischer Ebene endlich einen konstruktiven Einfluss ausüben will. Sonst droht die Gefahr, dass pauschale Mittelkürzungen in Deutschland zu schmerzhaften Lücken im statistischen System führen, da Deutschland verpflichtet ist, europäische Vorgaben voll zu erfüllen und somit nur die originär für Deutschland relevanten Statistiken gestrichen werden können.

Weit über die Hälfte der amtlichen Statistiken⁹ in Deutschland geht mittlerweile – insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistiken – auf verbindliche Vorgaben der Europäischen Union zurück. Deshalb müssen die Weichen in Richtung einer Verminderung der Belastung durch Erhebungen sowie zur effizienteren Statistikproduktion bereits auf europäischer Ebene gestellt werden. Ein solcher Schritt würde auch zu einem Abbau der von der Wissenschaft und dem Statistischen Beirat geforderten „Verrechtlichung“ im Detail führen.¹⁰

Weniger Belastung bei der Erhebung von Daten

Ein wichtiges Ziel des „Masterplans Entbürokratisierung“ wie auch des „Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik“ ist eine Entlastung der Unternehmen und Betriebe durch statistische Erhebungen.¹¹ Diese kann durch eine bessere Verzahnung zwischen den elektronischen Berichtssystemen der Wirtschaft, d. h. von Verbänden und Unternehmen einerseits und den statistischen Ämtern andererseits, erreicht werden. Hierzu gibt es inzwischen wichtige und erfolgreiche Ansätze, die weiterzuentwickeln wären. Dabei ist jedoch vor überzogenen Erwartungen zu warnen, weil die Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen der deutschen Statistik international weitgehend harmonisiert sind, die Berichtssysteme der Wirtschaft aber eigenen Standards und Rechnungslegungsvorschriften folgen. Freilich könnte die Entwicklung von „Statistik-Modulen“ in der gängigen Standard-Buchhaltungssoftware ein entscheidender technologischer Schritt sein. Der Bund könnte die Entwicklung solcher statistischen Module unterstützen und so mit wenig Aufwand zur nachhaltigen Entbürokratisierung der statistischen Erhebungen bei Unternehmen und Betrieben beitragen.

Darüber hinaus könnten die Nutzung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke und ihre Verknüpfung dazu führen, dass Primärerhebungen, die Befragte und Betriebe zeitlich belasten, ganz oder teilweise eingespart werden können. So wäre es sinnvoll, Umsatzsteuermeldungen und die Beschäftigtenstatistik auf Betriebs- bzw. Unternehmensebene für Konjunkturstatistiken zu nutzen – wie im Verwaltungsdatenverwendungsgesetz auch vorgesehen –, um sie im nächsten Schritt gegebenenfalls auch zusammenzuführen. Voraussetzung hierfür wäre, dass der Gesetzgeber die Bedingungen explizit regelt, unter denen unterschiedliche Verwaltungsdaten *innerhalb des statistischen Systems*, das vom staatlichen Verwaltungshandeln *abgeschottet* ist, zusammengeführt werden können.

Verbesserter Datenzugang

Die Daten des statistischen Systems, die der öffentlichen Hand für Analysezwecke zur Verfügung stehen, sind in einer demokratischen Gesellschaft so zugänglich zu machen, dass die daraus abgeleiteten statistischen Ergebnisse und die damit begründeten politischen Entscheidungen nachprüfbar sind. Die Wissenschaft spielt dabei eine wichtige Rolle: Denn zum Ersten können die Öffentlichkeit oder die am öffentlichen Diskurs beteiligten Personen und Gruppen (Parteien, Verbände etc.) die Wissenschaft einbeziehen, um behördliche Statistikdaten möglichst gut analysieren zu lassen. Zum Zweiten gibt es ein eigenständiges Recht der Wissenschaft auf unabhängige Forschung.

Die Verfügbarkeit von Statistikdaten kann sich heutzutage nicht auf bereits in Tabellen zusammengefassten Informationen beschränken, auch das Original-Datenmaterial (Mikrodaten) muss im Sinne der Freedom of Information in datenschutzrechtlich geeigneter anonymisierter Form für wissenschaftliche Analysen verfügbar sein. Hier ist von den Forschungsdatenzentren ein Fortschritt zu erhoffen. Besonders deutlich wird die Notwendigkeit des Zugangs zu Mikrodaten bei der Evalua-

⁹ Nach Einschätzung der statistischen Ämter.

¹⁰ Vgl. auch Kommission für die Verbesserung der statistischen Infrastruktur (KVI), a. a. O., S. 252 und S. 287.

¹¹ Sinnvoll wäre eine von unabhängiger Stelle durchzuführende Untersuchung über die tatsächliche Belastung von Unternehmen durch Statistiken, um belastbare empirische Aussagen zu diesem immer umstrittenen Themenkomplex zu erhalten. Das umso mehr, als gegenwärtig verschiedene Aktivitäten laufen (Befragung durch das Institut für Mittelstandsforschung über Bürokratielasten einschließlich Statistik; Befragungen des Statistischen Bundesamtes über den Zeitaufwand bei ausgewählten Statistiken; Überlegungen der Statistischen Landesämter zur geeigneten Erfassung von Statistikbelastungen), die aber überhaupt nicht untereinander abgestimmt sind. Unabhängig von diesen laufenden Untersuchungen vermuten wir, dass insbesondere für Kleinbetriebe die Belastung durch nichtamtliche und andere Erhebungen der Wirtschaftsverbände und Handelskammern weit größer ist als die amtliche Erhebungsbelastung. Dies wäre aber empirisch zu klären.

tion von Politikfeldern, wenn es um individuelle Verhaltensweisen geht, z. B. bei der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik: Für eine seriöse Analyse ist ein Bezugsstandard in Form geeignet abgegrenzter „Kontrollgruppen“ erforderlich. Deswegen müssen z. B. bei der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Programme Teilnehmer an solchen Maßnahmen mit anderen Personen verglichen werden, wobei Letztere bezüglich ihrer persönlichen Charakteristika und ihres lokalen Umfelds den Teilnehmern möglichst ähnlich sein sollten. Das Identifizieren solcher statistischen Zwillinge wird nie eindeutig wissenschaftlich lösbar sein.¹² Ohne Annahmen über eine „ausreichende Ähnlichkeit“ kommt dieser Prozess niemals aus. Daraus folgt, dass konkurrierende Wissenschaftler mit unterschiedlichen Annahmen arbeiten müssen, um aus dem Vergleich der Ergebnisse die für die Praxis geeigneten Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Es sei angemerkt, dass eine derartige Evaluation umso notwendiger ist, je dezentraler Maßnahmen durchgeführt werden. Da sich Regionen voneinander unterscheiden, kann man aus aggregierten regionalen Daten keine belastbaren Schlussfolgerungen ziehen, da die Erfolge einer Region auf günstigen persönlichen Charakteristika der Teilnehmer und günstigen regionalen Umständen beruhen können. Würde die Politik einer solchen Region von anderen nachgeahmt, könnte sich zeigen, dass sie dort nicht erfolgreich ist. Um ineffizienten Mitteleinsatz und möglicherweise nicht zielführende Evaluationen zu vermeiden, ist eine sehr differenzierte Evaluation jeglicher Politik sinnvoll und nötig.¹³

Forschungsdatengeheimnis hilft, vor Missbrauch zu schützen

Um Statistikdaten, insbesondere sensible Daten, die auf Registerdaten beruhen, auch durch die Wis-

senschaft effektiv auswerten zu lassen, ist es hilfreich, ein Forschungsdatengeheimnis gesetzlich zu verankern.¹⁴ Der Kern läge darin, dass von der Wissenschaft erhobene sowie für die Wissenschaft statistisch aufbereitete Daten nicht – analog zum Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmungsverbot – von Behörden für Verwaltungs- und Ermittlungsaufgaben benutzt werden dürfen. Ein solches Forschungsdatengeheimnis könnte im Zuge der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) eingeführt werden.

Daneben sollte eine Infrastruktur geschaffen werden, die die zeitnahe Verfügbarkeit aller öffentlich finanzierten Statistikdaten für die Wissenschaft und Öffentlichkeit sicherstellt.¹⁵ Es ist daher zu begrüßen, dass mit Hilfe der finanziellen Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung zurzeit für datenschutzrechtlich sensible Daten Forschungsdatenzentren (FDZ) bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sowie bei der BA eingerichtet sowie für geeignet anonymisierbare Daten „Scientific Use Files“ erstellt werden.¹⁶

¹² Für einen Überblick zu zentralen Botschaften der methodischen Debatte vgl. Christoph M. Schmidt und Klaus F. Zimmermann: Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik – Internationaler Vergleich und Empfehlungen für Deutschland. Berlin 2001, S. 39 ff.

¹³ Dies kann auch darin zum Ausdruck kommen, dass Evaluationsstudien vom Auftraggeber gezielt mehrfach vergeben werden, um möglichst das gesamte wissenschaftliche Spektrum des Arbeitsfeldes zu erschließen. So plant das BMWa die Vergabe von zwei Evaluierungsstudien zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission zur Arbeitsmarktpolitik.

¹⁴ Vgl. KVI, a. a. O., S. 285, Empfehlung E.8 und die Bekräftigung dieser Empfehlung durch den Wissenschaftsrat.

¹⁵ Dies beginnt bereits bei der Ausarbeitung der Datenschutzerklärung vor der Durchführung der Studie, die eine anschließende wissenschaftliche Nutzung der Daten sicherstellt und zugleich ausschließt, dass die Daten für andere Zwecke als für statistische Analysen genutzt werden können.

¹⁶ Hinzu kommt ein neues Servicezentrum bei der GESIS (Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen) und beim IZA Bonn. Die Einrichtung eines Forschungsdatenzentrums bei der deutschen Rentenversicherung ist in Vorbereitung.

Veranstaltungshinweis



German Statistical Week 2003

21 – 23 August 2003
in Potsdam, Germany



The German Statistical Week and the SCORUS Satellite Meeting will take place immediately after the 54th Session of the International Statistical Institute (ISI) in Berlin and will be held 21 – 23 August 2003 at the University in Potsdam. The satellite meeting will be organised by the German Statistical Society, the Union of German Municipal Statisticians and SCORUS in cooperation with the German Association for Demography and Eurostat.

The aim of the meeting is manifold:

- On 21 August a so-called "European Day" will focus on the enlargement of the European Union analysing the role of statistics on national, regional and urban level. It will be open also to SCORUS, whose opening session will be part of this meeting.
- On 22 and 23 August parallel meetings will take place. One group will treat international statistical aspects from the German view and SCORUS will organise four workshops and a concluding plenary session to initiate a network for continuing work and exchange of information on "Standards for Urban and Regional Indicators".

The Statistical Week will include the presentation of both invited and contributed papers. On 21 August English will be the conference language only, on 22 and 23 August papers will be presented in English or German.

Further information will be available on the website
www.statistische-woche.de.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Tilman Brück (kommissarisch)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Georg Meran (kommissarisch)
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

**Einer Teilaufgabe liegen
zwei Prospekte des Verlags
Duncker & Humblot bei.**